



Rathaus Umschau

Dienstag, 19. Dezember 2023

Ausgabe 242

ru.muenchen.de

Als Newsletter oder Push-Nachricht

unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Meldungen	2
› Nachwuchs für die Feuerwehr: Stadt München geht neue Wege	2
› Frauen-Nacht-Taxi: Stadtrat beschließt höheren Zuschuss	3
› Gesucht: Ein Logo für das Kinder- und Jugendrathaus	4
› E-Waste-Race: Hermann-Frieb-Realschule macht das Rennen	5
› Rassistische Schmierereien am Schulzentrum an der Quiddestraße	6
› Statistisches Jahrbuch der Stadt soeben erschienen	7
› Neues Standl für den Markt auf dem Wiener Platz	7
Antworten auf Stadtratsanfragen	9
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Meldungen

Nachwuchs für die Feuerwehr: Stadt München geht neue Wege

(19.12.2023) München plant neue Ausbildungsgänge für den feuerwehrtechnischen Dienst. Das hat der Kreisverwaltungsausschuss des Stadtrats gemeinsam mit dem Bildungsausschuss heute beschlossen. In enger Kooperation mit der Münchner Berufsfeuerwehr soll das Referat für Bildung und Sport dafür zwei städtische Berufsfachschulen gründen. Voraussetzung ist die Zustimmung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus zu den derzeit in Erarbeitung befindlichen Satzungen.

An der Berufsfachschule für das Feuerwehrhandwerk sollen sich zukünftig handwerklich-technische Einsatzkräfte qualifizieren können, an der Berufsfachschule für Leitstellenwesen sogenannte Leitstellen-Disponent*innen. Die neu zu gründenden Berufsfachschulen stellen eine Ergänzung zu den bestehenden Ausbildungsangeboten der Münchner Berufsfeuerwehr dar. Wesentlicher Unterschied ist, dass der Zugang zu den Berufsfachschulen ohne vorherige Berufsausbildung möglich sein wird. Dadurch können Schüler*innen unmittelbar nach ihrem Schulabschluss eine Ausbildung bei der Feuerwehr beginnen. Die Stadt München will damit das Feld potenzieller Nachwuchskräfte für den Feuerwehrdienst signifikant erweitern.

Bürgermeister Dominik Krause: „Die Münchner*innen können sich auf ihre Feuerwehr verlassen, denn sie ist immer zur Stelle, wenn Hilfe benötigt wird. Allerdings greift der Fachkräftemangel in allen Bereichen um sich. Durch vorausschauendes Handeln sorgen wir dafür, dass unsere Berufsfeuerwehr personell weiterhin gut aufgestellt bleibt. Wir machen unsere Feuerwehr damit fit für die Zukunft. Die beiden neuen Berufsfachschulen sind eine wichtige Investition in die Sicherheit Münchens.“

Stadtschulrat Florian Kraus: „Der Dienst in der Feuerwehr ist ein Job für Macher*innen. Durch unsere neuen Ausbildungsangebote werden sich jetzt noch mehr junge Menschen dafür qualifizieren können. Gemeinsam mit der Branddirektion gehen wir neue Wege für ein sicheres München, darüber freue ich mich sehr.“

Die für die Feuerwehr zuständige Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gradl: „Eine Stadt, die sicher ist, braucht eine gut ausgebildete Feuerwehr. Mit diesen spezialisierten Ausbildungsgängen öffnen wir nun die Tore der Feuerwachen für eine neue Generation von Fachkräften, die mit fundiertem Wissen und praktischen Fähigkeiten direkt in den Feuerwehrdienst einsteigen können. Das wird langfristig zur Sicherheit und zum Wohlergehen unserer Stadt beitragen.“

Münchner Feuerwehr hat hohen Personalbedarf

Die Münchner Feuerwehr ist deutschlandweit die größte kommunale Berufsfeuerwehr. Sie beschäftigt derzeit mehr als 1.700 feuerwehrtechnische

Beamt*innen. Auch die Integrierte Leitstelle (ILS) München gehört zu den bundesweit größten. Qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, ist in beiden Kernbereichen eine Herausforderung.

Wolfgang Schäuble, Leiter der Branddirektion: „Die tägliche Arbeit der Feuerwehr ist schon seit jeher vom Zupacken geprägt. Bisher mussten daher die Feuerwehrleute einen technischen Ausbildungsberuf mitbringen. Mit einer spezialisierten Berufsausbildung können wir erstmals Schulabgänger*innen eine eigenständige Ausbildung zur Feuerwehr-Fachkraft anbieten. Gleichzeitig sind durch die fortschreitende Digitalisierung die Koordination und Steuerung unserer über 350.000 Einsätze pro Jahr nur noch durch Spezialist*innen zu leisten. Auch hier freue ich mich, eine Berufsausbildung zur Disponent*in in unserer Integrierten Leitstelle anbieten zu können.“

Berufsfachschulen für den Feuerwehrdienst

Geplant ist, die Auszubildenden der neuen Ausbildungsgänge als Dienstangefänger*innen bei der Branddirektion zu beschäftigen. Für die Vermittlung der schulischen Inhalte werden die neu gegründeten Berufsfachschulen verantwortlich sein, für die praktischen Inhalte die Branddirektion. Die neuen Berufsfachschulen werden dafür mehrheitlich mit Fachlehrer*innen von anderen städtischen beruflichen Schulen zusammenarbeiten.

Nach erfolgreichem Abschluss können sich die Schüler*innen für die Beamtenlaufbahn bei der Stadt München bewerben, in den Vorbereitungsdienst berufen lassen oder eine angestellte Tätigkeit im öffentlichen Dienst wählen. Die neuen Ausbildungen sollen erstmals im Ausbildungsjahr 2025/26 starten.

Frauen-Nacht-Taxi: Stadtrat beschließt höheren Zuschuss

(19.12.2023) Der Kreisverwaltungsausschuss des Stadtrats hat heute eine Anpassung der Förderung für das Frauen-Nacht-Taxi beschlossen. Der Zuschuss pro Fahrt wird ab 1. Januar 2024 von fünf Euro auf zehn Euro erhöht. Das Kreisverwaltungsreferat wurde zudem beauftragt, zusammen mit dem IT-Referat eine digitale Variante des Gutscheins zu entwickeln. Kreisverwaltungsreferentin Dr. Hanna Sammüller-Gradl: „Das Frauen-Nacht-Taxi bietet Frauen* zwischen 22 und 6 Uhr einen Zuschuss für Taxifahrten. Diese Maßnahme trägt zur Sicherheit und Mobilität in den Nachtstunden bei. Mit der Anhebung des Förderbeitrags streben wir eine erhöhte Nutzung und Bekanntheit des Angebots an. Unser Ziel ist es, dass mehr Frauen* von diesem Angebot erfahren und es in Anspruch nehmen, um so ein selbstbestimmtes und sicheres Nachtleben in der Stadt zu fördern.“

Die Gutscheine für das Frauen-Nacht-Taxi sind im Foyer des Kreisverwaltungsreferates, in den Sozialbürgerhäusern, bei der Gleichstellungsstelle

sowie in der Stadtinformation im Rathaus erhältlich. In Zukunft ist geplant, dass die Gutscheine auch in den Stadtteilbibliotheken abgeholt werden können. Es können maximal drei Gutscheine pro Person ausgegeben werden, wobei pro Fahrt nur ein Gutschein verwendet werden kann. Hinweis: Mit Frauen* sind alle Frauen, trans*Frauen und non-binäre Personen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ bezeichnet.

Gesucht: Ein Logo für das Kinder- und Jugendrathaus

(19.12.2023) Das Kinder- und Jugendrathaus sucht ein Logo und ruft alle Münchner*innen bis 21 Jahre auf mitzumachen.

Bürgermeisterin Verena Dietl: „Wir bauen Kinder- und Jugendbeteiligung für die ganze Stadt aus – auch unser Logo soll mit Beteiligung unserer Münchner Kindl entstehen. Wir freuen uns auf viele kreative Einsendungen und Ideen.“



Maria Deingruber, Leiterin des Kinder- und Jugendrathauses: „Das Logo soll etwas mit der Arbeit des Kinder- und Jugendrathauses zu tun haben – darüber hinaus seid ihr frei in der Gestaltung. Ihr könnt allein oder zusammen mit euren Geschwistern oder Freund*innen an dem Wettbewerb teilnehmen. Wir freuen uns auf viele kreative Logo-Ideen.“

Logo-Entwürfe können bis zum 15. Februar 2024 eingereicht werden. Es gibt 2.500 Euro (1. Preis: 1.500 Euro,

2. Preis, 700 Euro, 3. Preis 300 Euro) zu gewinnen. Kinder und Jugendliche, die am Logo-Wettbewerb teilnehmen, müssen neben ihrer Einsendung auch eine Einverständniserklärung abgeben. Diese Erklärung sowie die Teilnahmebedingungen und Datenschutzhinweise gibt es online unter <https://go.muenchen.de/logowettbewerb>.

Die Entwürfe und das Teilnahme-Formular können entweder per E-Mail an kinderrathaus@muenchen.de oder per Post (Kinder- und Jugendrathaus, Büro von Bürgermeisterin Verena Dietl, Marienplatz 8, 80331 München) eingereicht werden.

Eine Jury, bestehend aus Bürgermeisterin Verena Dietl, dem Team des Kinder- und Jugendrathauses sowie zwei ausgewählten Kindern und Jugendlichen aus der Stadtschüler*innenvertretung München, wählen aus den eingereichten Logo-Entwürfen die drei besten aus. Diese Entwürfe werden im Anschluss mit grafischer Unterstützung überarbeitet. Danach kann abgestimmt werden, welcher der drei Logo-Entwürfe das Gewinnermotiv werden soll.

E-Waste-Race: Hermann-Frieb-Realschule macht das Rennen

(19.12.2023) Gemeinsam haben zehn Münchner Schulen einen großen Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft gemacht. Im zweiten Münchner E-Waste-Race wurden insgesamt 6.468 Teile E-Schrott gesammelt – das sind sogar nochmal mehr als bei der Erstaufgabe des Schulwettbewerbs. Besonders erfreulich: Die Schulen haben 250 funktionstüchtige Geräte bei der Halle 2 abgegeben – und das Gebrauchtwarenkaufhaus in Pasing dabei gleichzeitig kennenlernen können.

Am fleißigsten gesammelt hat die Städtische Hermann-Frieb-Realschule in Schwabing. Mit 1.261 gesammelten Teilen Elektroschrott machte sie das Rennen und gewann damit den Schulausflug zum Nawareum in Straubing, einem Mitmach-Museum für Nachhaltigkeit. Zweitplatzierte wurde die Städtische Realschule an der Blütenburg. Den dritten Platz belegte das staatliche Wilhelm-Hausenstein-Gymnasium Bogenhausen. Folgende Münchner Schulen haben außerdem am Projekt teilgenommen: die Städtische Artur-Kutscher-Realschule, das Staatliche Luitpold-Gymnasium, die Staatliche Marieluise-Fleißer-Realschule, die Staatliche Mittelschule Fernpassstraße, die Nymphenburger Schulen, das Städtische Thomas-Mann-Gymnasium und die Städtische Willy-Brandt-Gesamtschule. Unterstützt von der Zero-Waste-Fachstelle des Kommunalreferats animierte die Initiative „Das macht Schule“ mit dem vierwöchigen Schulwettbewerb Schüler*innen zum Sammeln von Elektroschrott in ihrer Nachbarschaft und informierte über Recycling und Umweltauswirkungen. Das E-Waste Race verbindet Umweltbildung mit einem Wettbewerb und bewirkt nachweislich positive Verhaltensänderungen bei Schüler*innen mit großer Strahlkraft auf die Familien sowie beteiligte Haushalte. Die Aktion trägt somit direkt zur Erreichung der Zero-Waste-Ziele der Stadt bei. Die bestmöglichen Voraussetzungen für den Wettbewerb ermöglichte der Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) durch die Bereitstellung von geeigneten Sammelbehältern und die fachgerechte Entsorgung. Funktionsfähige Geräte konnten in der Halle 2, dem Gebrauchtwarenkaufhaus der Stadt München, abgegeben werden und brachten extra viele Punkte. Kommunalreferentin Kristina Frank, 1. Werkleiterin des AWM: „Bereits beim Kick-Off haben mich die Schüler*innen der Städtischen Hermann-Frieb-Realschule mit ihrem Elan und ihrem Interesse für das Thema Nachhaltigkeit beeindruckt. Jetzt hat es sogar für den ersten Platz im E-Waste-Race gereicht. Danke auch allen anderen Schulen für Ihren Einsatz und die Ausdauer. Besonders freut mich, dass 250 funktionstüchtige Elektrokleingeräte wie Föns, Toaster, Kopfhörer, Wasserkocher, Tastaturen, Drucker und Handys bei der Halle 2 abgegeben wurden. So haben viele Schüler*innen unser Gebrauchtwarenkaufhaus in Pasing für sich entdeckt.“

Stadtschulrat Florian Kraus: „Das E-Waste-Race ist ein tolles Projekt, das zwei Themenfelder berührt, die uns im Referat für Bildung und Sport wichtig sind: Abfallvermeidung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Gerade für BNE ist das E-Waste-Race ein Superbeispiel: Es ist alltagsnah, interaktiv und motiviert zum Mitmachen. Zudem vermittelt das Projekt Gestaltungskompetenzen und wird über die Schulen hinaus auch in die Familien und die Nachbarschaft der Schüler*innen getragen.“

Eva-Maria Just, projektleitende Lehrerin an der Städtischen Hermann-Frieb-Realschule: „Ich bin glücklich und stolz, dass unsere Schule das E-Waste-Race mit Abstand gewonnen hat. Meine Schülerinnen und Schüler der Umweltgruppe haben so hart gekämpft und zum Ende hin nochmal alles gegeben. Ich bin mir sicher, dass durch dieses Projekt ein großer Teil unserer Schulfamilie nun eine andere Sichtweise auf das Thema Elektroschrott erhalten hat, was mir persönlich das wichtigste Ziel war.“

Rassistische Schmierereien am Schulzentrum an der Quiddestraße

(19.12.2023 – teilweise voraus) Am vergangenen Wochenende wurden an der Fassade des Städtischen Werner-von-Siemens-Gymnasiums rassistische Schmierereien – darunter die Slogans „Kill all palestines“ und „Bomb Gaza to Rubble“ – entdeckt. Unmittelbar nachdem die Schmierereien entdeckt worden waren, wurde von Seiten der Schulleitung Anzeige erstattet und die Entfernung der Schmierereien veranlasst. Die Schulfamilien des Werner-von-Siemens-Gymnasium und auch der beiden angrenzenden Schulen am Schulzentrum wurden umgehend über den Vorfall informiert; zudem wird eine angemessene pädagogische Aufarbeitung stattfinden. Stadtschulrat Florian Kraus: „Wir verurteilen diesen rassistischen Gewaltaufruf auf das Schärfste. Die Eskalation des Konflikts im Nahen Osten in der Folge des antisemitischen Massakers der Hamas darf nicht dazu führen, dass es hier in München zu rassistischer oder antisemitischer Hetze kommt. Die Landeshauptstadt München stellt sich zudem gegen alle Versuche, derartige rassistische Vorfälle zu instrumentalisieren und wird sich weiterhin entschieden für die Bekämpfung von Rassismus in all seinen Erscheinungsformen einsetzen.“

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Einordnung, welche Straftatbestände möglicherweise durch einen Sachverhalt verwirklicht werden, im ersten Schritt der Polizei obliegt, die vollumfänglich ermittelt. Das Referat für Bildung und Sport und die Fachstelle für Demokratie haben in den vergangenen Wochen bereits mehrere Maßnahmen ergriffen, um rassistischer oder antisemitischer Hetze zu begegnen und die Schulen bei der pädagogischen Aufarbeitung zu unterstützen:

- Schreiben zum Umgang mit dem Nahostkonflikt von Stadtschulrat und der Fachstelle für Demokratie am 23. Oktober. Darin enthalten sind so-

wohl Hinweise zum pädagogischen Umgang mit der Thematik im Unterricht als auch eine fachliche Einordnung der Geschehnisse sowie weiterführende Hinweise.

- Zwischen dem 25. Oktober und dem 22. November wurden drei Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulleitungen in München durch die Fachstelle für Demokratie organisiert, bei denen die „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“ als Expert*innen geladen war. Daran nahmen über 150 Lehrkräfte und Schulleitungen teil.
- Zudem richtete die Fachstelle für Demokratie am 25. Oktober ein Schreiben an alle Moscheegemeinden und muslimische Einrichtungen in München, in dem sie auf Unterstützungsangebote bei Vorfällen im Bereich anti-muslimischen Rassismus im Kontext Nahostkonflikt hinwies.
- Die Fachstelle für Demokratie berät sowohl schulisches Personal wie auch Betroffene bei Vorfällen im Bereich anti-muslimischer Rassismus an Münchner Schulen, klärt die strafrechtliche Relevanz von Sachverhalten, gibt Hinweise zum pädagogischen Umgang und vermittelt Weiterbildungsmaßnahmen für Schüler*innen und Kollegien.

Statistisches Jahrbuch der Stadt soeben erschienen

(19.12.2023) Die neueste Auflage des Statistischen Jahrbuchs für München ist ab sofort erhältlich. Der Jahrgang 2023 der Veröffentlichungsreihe bietet aufschlussreiche statistische Daten und Informationen zum Berichtsjahr 2022. In insgesamt 13 Kapiteln werden alle wichtigen kommunalen Themen der Landeshauptstadt statistisch betrachtet. Basisdaten zu den Münchner Stadtbezirken, zur Region München und zum Land Bayern vervollständigen das Informationsangebot, das sich sowohl an das Fachpublikum als auch an eine breite Öffentlichkeit richtet.

In 255 Tabellen und zahlreichen grafischen Darstellungen zu rund 600 Stichworten werden Trends und spannende Entwicklungen, oft nicht nur im Ist-Zustand, sondern auch partiell mit Bezug zu den Vorjahren geboten. Die Druckversion des Jahrbuchs (Schutzgebühr 18 Euro) kann über das Statistische Amt (Telefon 233-82700) oder unter <https://stadt.muenchen.de/infos/statistik-schon-gesehen.html> bestellt werden. Ein Direktverkauf ist nur in der Stadtinformation im Rathaus möglich.

Daneben bietet das Statistische Amt zum selben Preis eine digitale Version im PDF-Format an, die ebenfalls über die Webseite bestellt werden kann.

Neues Standl für den Markt auf dem Wiener Platz

(19.12.2023) Der Markt auf dem Wiener Platz in Haidhausen hat ein neues Standl bekommen – mit dem ungewöhnlichen Namen „Suuapinga“. Denn eigentlich wurde unter diesem Namen der Stadtteil Schwabing 782 erstmals erwähnt. Die Erklärung: Der erste Laden des Gründerteams befindet



sich in der Herzogstraße, und nun hat man das Erfolgskonzept samt Namen auf den Haidhauser Lebensmittelmarkt mitgenommen.

Angeboten werden Getränke mit Fokus auf regional hell geröstetem Kaffee sowie eine Auswahl an veganen Backwaren, wie Zimtschnecken, Kardamomknoten, Kuchen und Cookies. Diese werden in der hauseigenen kleinen Bäckerei in Neuhausen produziert. Verwendet werden – soweit möglich – regionale Zutaten. Die Betreiber haben einen hohen Qualitäts-, Design- und Ästhetikanspruch. Dies spiegelt sich beispielsweise in den hochwertigen Kaffeebohnen, dem individuellen Design der Kaffeebohnenverpackungen, dem Geschirr und der Ladengestaltung wider.

Kommunalreferentin Kristina Frank, 1. Werkleiterin der Markthallen München: „„Suuapinga‘ ist ein stylischer Kaffeeladen auf dem Markt am Wiener Platz. Das Konzept ist stimmig und der Kaffee sensationell gut – hier verweilt die Marktkundschaft gern. Ein echter Gewinn für Haidhausen.“



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 19. Dezember 2023

Stärken von Strukturen und Einrichtungen zur Gewaltprävention II – Stark gegen Gewalt an Frauen* und Queers

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 29.11.2022

Junge Menschen in der Messestadt nicht allein lassen – Aufsuchende Jugendarbeit stärken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 21.3.2023

Stärken von Strukturen und Einrichtungen zur Gewaltprävention II – Stark gegen Gewalt an Frauen* und Queers

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 29.11.2022

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

Vielen Dank für Ihre Anfrage per Brief vom 29.11.2022 an den Oberbürgermeister Herrn Dieter Reiter. Zuständigkeitshalber wurde Ihr Antrag an das Sozialreferat weitergeleitet.

Für den im Betreff genannten Antrag lief die geschäftsordnungsgemäße Bearbeitungsfrist am 1.8.2023 ab. Um Fristverlängerung wurde gebeten, da nicht alle benannten Anträge als Beschlussvorlagen eingebracht, sondern teilweise anders erledigt wurden. Die Bearbeitung dauerte noch an. Per 28.9.2023 wurde eine Fristverlängerung seitens der Fraktionen bis 30.11.2023 gewährt. Hierfür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen zu Ihrem Antrag vom 29.11.2022 Folgendes mit:

Punkt 1:

*Psychosoziale Betreuung in Altenwohnheimanlagen, Rahmenkonzept und Queer Quartier Herzog*in, Wohnprojekt für LGBTIQ*-Senior*innen (Punkt 101 EDB)*

Antwort:

Das Rahmenkonzept zur Psychosozialen Betreuung in den städtischen Wohnanlagen wurde am 15.12.2022 dem Sozialausschuss bekanntgegeben.

Das gemeinsame Wohnprojekt der MÜNCHENSTIFT GmbH und der Münchner Aidshilfe „Queer Quartier Herzog*in“ wird zum 1.11.2023 seinen Betrieb aufnehmen. Die Finanzierung der Psychosozialen Betreuung wird ab Inbetriebnahme in 2023 aus dem laufenden Haushalt einmalig per Büroverfügung des Amtes finanziert, zur dauerhaften Finanzierung ab 2024 wurde am 17.10.2023 die Beschlussvorlage Nr.20-26/V 07340 in den Sozialausschuss eingebracht und nach Antrag beschlossen.

Das Wohn- und Nachbarschaftsprojekt für ältere LGBTIQ* Senior*innen steht allen Senior*innen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Weltan-

schauung, Behinderung, kultureller und sozialer Herkunft sowie der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität zur Verfügung. Mit dem geplanten Wohnprojekt an der Radlkoferstraße soll Wohn- und Lebensraum sichergestellt werden, der älteren Lesben, Schwulen, Trans*- und Inter*-Menschen ein gemeinsames, diskriminierungsfreies und selbstbestimmtes Leben in größtmöglicher gegenseitiger Verantwortung und Freiheit ermöglicht.

Punkt 2:

Partnerschaftsgewaltprogramm bei fehlenden Deutschkenntnissen (Punkt 201 EDB)

Antwort:

Bei häuslicher Gewalt ist stets von einer (latenten) Kindeswohlgefährdung auszugehen. Aus diesem Grund bedarf es passgenauer Beratungsangebote für alle Beteiligten/Betroffenen um dem gesetzlichen Auftrag nach §§8a, 17 und 18 SGB VIII nachzukommen. Die bestehenden Beratungsangebote im Bereich häusliche Gewalt decken nicht die zunehmenden Bedarfe von nicht oder nicht ausreichend Deutsch sprechenden Bürger*innen ab.

Durch ein Partnerschaftsgewaltprogramm bei fehlenden oder nicht ausreichenden Deutschkenntnissen soll diese Lücke in der Beratungslandschaft geschlossen werden.

Aufgrund der Haushaltslage wurde die Förderung dieser neuen Maßnahme im Rahmen des Eckdatenbeschlusses 2024 für das Jahr 2023 nicht anerkannt. Eine Finanzierung ist aus dem Referatsbudget leider nicht möglich. Für das Folgejahr wird an dem Bedarf festgehalten und erneut angemeldet.

Punkt 3:

Stellenzuschaltung für die Betreuung von LGBTIQ-Geflüchteten (Punkt 309 EDB)*

Antwort:

LGBTIQ*-Geflüchtete sind in den Gemeinschaftsunterkünften der Regierung von Oberbayern als auch in der dezentralen kommunalen Unterbringung erheblich von homophoben Übergriffen, bis hin zu körperlicher Gewalt, betroffen. Mit Beschluss des Sozialausschusses vom 13.12.2018 (Sitzungsvorlage Nr.14-20/V 13230) hat sich die LHM daher verpflichtet, LGBTIQ*-Geflüchtete im besonderen Maße zu schützen. Dieser Schutz-

auftrag wird durch die Unterbringung in Einzelwohnungen oder kleinen Wohngemeinschaften im gesamten Stadtgebiet umgesetzt. Das Amt für Wohnen und Migration leistet zudem die notwendige sozialpädagogische Betreuung für die oftmals traumatisierte Zielgruppe.

Die zum 1.11.2017 besetzte Stelle mit 0,5 VZÄ zur Betreuung von Geflüchteten mit LGBTIQ*-Hintergrund war aufgrund der stark gestiegenen Zahlen an Klient*innen nicht ausreichend. Die Zahl ist stark durch die Geflohenen aus der Ukraine gestiegen. Zusätzlich werden im Rahmen des Resettlementprogramms Geflüchtete (u.a. mit LGBTIQ*-Hintergrund) gezielt nach München verteilt, da diese Zielgruppe dort auf unterstützende Angebote zurückgreifen kann.

Ursprünglich wurden im Rahmen des EDB 2023 2,0 VZÄ beantragt. Diese wurden zunächst nicht berücksichtigt, jedoch per gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste und der SPD/ Volt-Fraktion in der Vollversammlung vom 21.12.2022 doch noch genehmigt (Sitzungsvorlage Nr.20-26/V 08111). Die Stellen wurden inzwischen eingerichtet und sind besetzt.

Punkt 4:

Frauenobdach KARLA 51 und Schutzraum für Frauen (Punkt 322 EDB)*

Antwort:

Das Frauenobdach wurde im Jahr 1996 in der Karlstraße 51 eröffnet und ist seitdem zu einem unverzichtbaren Bestandteil des Münchner Netzes für wohnungslose Frauen* und Kinder geworden. Seit 1996 wird das Frauenobdach KARLA 51 von der LHM mittels unbefristeten Zuschussvertrags finanziert. Die Einrichtung wird in Trägerschaft des Evangelischen Hilfswerks geführt.

KARLA 51 ist ein niedrighschwelliges Angebot für alleinstehende, latent oder akut wohnungslose Frauen* mit und ohne Kinder. Seit dem 1.1.2007 steht der vorher nur in den Wintermonaten geöffnete Schutzraum mit vier Plätzen ganzjährig für Frauen* zur Verfügung (Beschluss des Sozialausschusses vom 9.11.2006, Sitzungsvorlage Nr.02-08/V 08877). Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass wohnungslose Frauen* nicht nur einen Schutz vor Kälte benötigen, sondern aufgrund der spezifischen Problematik weiblicher Wohnungslosigkeit einen Schutzraum zu jeder Jahreszeit.

Er steht allen Frauen* offen, die nachts ohne Unterkunft sind, unabhängig von ihrer Anspruchslage. Die Betreuung der Frauen* im Schutzraum wird

seit 1.1.2007 vom Fachpersonal des Frauenobdachs durchgeführt. Durch die Anbindung des Schutzraumes an KARLA 51 mit seiner Clearing- und Vermittlungsfunktion gelingt es, auch die Wanderinnen* zu erreichen und im Idealfall in das Hilfesystem zu integrieren.

Trotz der Bedeutung dieser renommierten Einrichtung im Wohnungslöshilfesystem für die besonders vulnerable Zielgruppe wohnungslose Frauen* und ihrer Kinder in München ist die Finanzierung schwierig. So konnten sowohl die zum Eckdatenbeschluss 2022 als auch zum Eckdatenbeschluss 2023 zusätzlich gemeldeten Finanzierungsbedarfe aufgrund der schwierigen Haushaltslage im Eckdatenbeschluss leider nicht berücksichtigt werden, werden aber durch Einsparungen und Umschichtungen innerhalb des Budgets des Amts für Wohnen und Migration gedeckt.

Aus Sicht der Gleichstellungsstelle für Frauen ist die Einrichtung KARLA 51 ein unverzichtbares Element der Versorgung obdachloser Frauen*. Die vielfältigen Krisen in jüngster Zeit und eine stark wachsende Stadtbevölkerung mit einer großen Spaltung in Arm und Reich lassen befürchten, dass auch die Anzahl an Frauen*, die sich in Notlagen und prekären Verhältnissen befinden, ansteigen wird. Auch deren Unterstützung muss dann sichergestellt werden. Sehr viele wohnungslose Frauen* sind Betroffene von Gewalt. Die KARLA 51 ist hierfür eine kompetente Anlaufstelle mit hohem Bekanntheitsgrad und genießt bei der Zielgruppe großes Vertrauen. Ihre Finanzierung muss daher absolut gesichert sein.

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein, und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Junge Menschen in der Messestadt nicht allein lassen – Aufsuchende Jugendarbeit stärken

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (DIE LINKE. / Die PARTEI Stadtratsfraktion) vom 21.3.2023

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

Nach §60 Abs.9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Sie beantragen die Aufstockung von Mitteln für weitere Stellen der aufsuchenden Sozialarbeit für junge Menschen im Stadtviertel Messestadt Riem durch das Sozialreferat.

Der Inhalt des Antrages betrifft deshalb eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art.37 Abs.1 GO und §22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 21.3.2023 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Für den Ausbau von Stellen im Bereich Streetwork, insbesondere für weitere Stellen für die aufsuchende Sozialarbeit in der Messestadt, konnte aufgrund der Haushaltslage im Eckdatenbeschluss 2024, siehe Vollversammlung am 26.7.2023, leider keine Finanzierung berücksichtigt werden. Der Ausbau von Stellen im Bereich Streetwork wird vom Sozialreferat aber weiterverfolgt.

Zudem fördert das Sozialreferat eine Vielzahl an Angeboten und Projekten für Kinder und Jugendliche, durchgeführt von freien Trägern wie Mobbingprävention/-intervention, Konflikttraining, Gewaltprävention, Sozialkompetenz und Empowerment, Anti-Gewalt-Training für Jungen*, Workshops für Schüler*innen (Peer-to-Peer).

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 19. Dezember 2023

Attraktives Ehrenamt in einer bunten Truppe:

Freiwillige Feuerwehr divers und inklusiv weiterentwickeln

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Beppo Brem, Nimet Gökmenoglu, Sofie Langmeier, Gudrun Lux, Thomas Niederbühl, Angelika Pilz-Strasser, Christian Smolka, Sibylle Stöhr und Sebastian Weisenburger (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Was ist aus den Baurechtsreserven geworden?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Heike Kainz und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Bunker 5 als Proberaum

Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Fabian Ewald, Jens Luther und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Die eigenen Tore macht weit – Verantwortung für Asylzuwanderung nicht länger auf die Allgemeinheit abwälzen!

Dringlichkeitsantrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

**Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus**

München, den 19.12.2023

**Attraktives Ehrenamt in einer bunten Truppe:
Freiwillige Feuerwehr divers und inklusiv weiterentwickeln**

Antrag

Die Freiwillige Feuerwehr München (FFM) möge dem Stadtrat ein Konzept vorlegen, wie Diversität und Inklusion in der gesamten Organisation ausgebaut und gestärkt werden können.

Ziel ist es, dass Münchner*innen sich aktiv bei der FFM engagieren können, auch wenn sie nicht die formale Eignung für den Einsatzdienst haben, indem Möglichkeiten geschaffen werden, der jeweiligen Eignung entsprechende Aufgaben bei der FFM zu übernehmen (wie es das Bayerische Feuerwehrgesetz in der aktuellen Fassung vorsieht).

Ziel ist es zudem, dass sich anteilig mehr Frauen sowie Münchner*innen mit Migrationshintergrund, mit vielfältigen geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen in der FFM engagieren.

Begründung:

Die Art und Weise, wie sich Menschen ehrenamtlich engagieren, verändert sich. Davon ist auch die FFM als eine der größten ehrenamtlichen Organisationen der Stadt betroffen, sowohl bezüglich der Aufgaben als auch bezüglich der Mitgliederstruktur. Die aktuelle Fassung des Bayerischen Feuerwehrgesetzes (BayFwG) schafft neue Möglichkeiten, die von der FFM bereits teilweise genutzt werden, jedoch noch nicht systematisch. Wir halten es für sinnvoll, systematisch und strukturiert Möglichkeiten zu schaffen, dass Münchner*innen unabhängig von ihrem Alter oder einer feuerwehrtechnischen Ausbildung aktiv an Feuerwehrtätigkeiten teilnehmen können und dass auch gesundheitlich beeinträchtigte Menschen sowie Menschen mit Behinderung ihnen entsprechende Möglichkeiten zur Beteiligung gegeben werden.

Die FFM hat auch eine wichtige gesellschaftlich-integrative Aufgabe. Eine konzeptionelle Herangehensweise mit dem Ziel, Inklusion und Diversität in den eigenen Reihen zu erhöhen, dient der FFM als moderne und zukunftsfähige Organisation. Das Konzept soll mit dem Behindertenbeauftragten, der Gleichstellungsstelle sowie dem Migrationsbeirat, dem Behindertenbeirat und dem Seniorenbeirat abgestimmt werden.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Gudrun Lux
Nimet Gökmenoğlu
Christian Smolka
Paul Bickelbacher
Thomas Niederbühl
Anja Berger
Sofie Langmeier
Sebastian Weisenburger
Sibylle Stöhr
Beppo Brem
Angelika Pilz-Strasser

Mitglieder des Stadtrates

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



19.12.2023

Was ist aus den Baurechtsreserven geworden?

In den vergangenen Jahren hat die Landeshauptstadt einige Grundstücke und Wohngebäude im Zuge der Ausübung des Vorkaufsrechtes oder auf dem üblichen Angebotsweg erworben. Diese Grundstücke verfügen teils über zusätzliches Baurecht, insbesondere für zusätzlichen Wohnungsbau. In den Stadtratsvorlagen zum Ankauf konnte das Kommunalreferat nicht immer alle Baurechtsreserven darstellen, weil diese in der Kürze der Zeit, bis zum Beschluss über die Ausübung oder den Ankauf, nicht ermittelt werden konnten. Nahezu alle Ankäufe wurden in Form einer Stammkapitalerhöhung an die beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG weitergegeben. Selbst die Nebenerwerbskosten wurden unüblicherweise nicht von den Wohnungsbaugesellschaften getragen, sondern aus dem Hoheitshaushalt finanziert. Inwieweit welche Baurechtsreserven bestanden und ob diese gänzlich realisiert wurden, ist dem Stadtrat nicht bekannt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Wie viele und welche Vorkaufsrechtsausübungen bzw. Ankäufe von Wohngebäuden bzw. Grundstücken wurden zu Gunsten der beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG in den Jahren 2017 – 2023 getätigt?
2. Wie hoch waren die Baurechtsreserven auf diesen Grundstücken im Einzelnen und pro Jahr (2017 – 2023) gesamt, verteilt auf beide Gesellschaften?
3. Wie hoch waren die gesamten Stammkapitalerhöhungen für die beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften separat pro Jahr (2017 – 2023)?
4. Wie hoch waren insgesamt die Kosten, welche dem Hoheitshaushalt für die Übernahme der Erwerbskosten und Erwerbsnebenkosten zur Last gefallen sind?

5. In welcher Größenordnung hat sich die Bonität der beiden städtischen Wohnungsbaugesellschaften durch die Stammkapitalerhöhungen und die Entlastung durch Übernahme der Erwerbsnebenkosten verändert (2017 – 2023; wenn nötig, Schätzwerte)?

6. Welche der Baurechtsreserven (2017 – 2023) wurden bisher von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften tatsächlich in Wohnraum realisiert und wie viele Wohneinheiten wurde geschaffen?

7. Wie ist der Verfahrensstand bei allen noch nicht realisierten Baurechtsreserven?

[Manuel Pretzl \(Initiative\)](#)

Fraktionsvorsitzender

[Heike Kainz](#)

Stadträtin

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



19.12.2023

Bunker 5 als Proberaum

Das Kommunalreferat wird beauftragt, den Bunker 5 im Bürgerpark Oberföhring als Proberaum für Musiker zugänglich zu machen.

Begründung

Der Bürgerpark Oberföhring stellt für das Viertel einen Treffpunkt für Vereine und Kultur dar, der für unterschiedlichste Nutzer Platz bietet, was in den angrenzenden Wohngebieten nicht dargestellt werden kann.

Gerade im Sinne einer dezentralen kulturreichen Stadt, welche über die Zeit gewachsenen Strukturen erhalten will, ist es zwingend notwendig, gerade Musikern einen Raum zu bieten, in dem ungestört geprobt werden kann, ohne dass die umliegende Wohnbebauung durch den Probetrieb gestört wird.

Jens Luther
Stadtrat

Fabian Ewald
Stadtrat

Beatrix Burkhardt
Stadträtin

Rudolf Schabl
Stadtrat

Dringlichkeitsantrag zur Vollversammlung am 20.12.2023



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 18.12.2023

Die eigenen Tore macht weit – Verantwortung für Asylzuwanderung nicht länger auf die Allgemeinheit abwälzen!

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München eröffnet keine weiteren Einrichtungen zur Unterbringung von „Flüchtlingsen“. Der Betrieb bestehender Einrichtungen wird nicht über aktuell bestehende Vereinbarungen hinaus verlängert.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen eines öffentlichen Appells an die Münchner Wähler und Mitglieder migrationsfreundlicher Parteien, insbesondere bei jenen von CSU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP, um die Aufnahme von Asylzuwanderern auf deren privaten Grund zu werben. Im Übrigen soll dazu aufgefordert werden, entsprechende Parteieinrichtungen in München für die Unterbringung und Versorgung der Zuwanderer zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die grün-rote Stadtregierung, aber auch große Teile der Opposition, bis in die Reihen der Fraktion CSU/Freie Wähler, bekennen sich offen zur sogenannten „*humanitäre[n] Verantwortung der Landeshauptstadt München*“ und setzen sich „*weiterhin für die Aufnahme und Integration von Schutzsuchenden ein*“¹, ungeachtet der damit verursachten erheblichen Belastungen der ohnehin schwer angeschlagenen öffentlichen Kassen und des sozialen Friedens in der Stadt.

Immer häufiger erheben sich deshalb Proteste gegen die wachsende Anzahl von Einrichtungen zur Unterbringung von Asylzuwanderern im Stadtgebiet. Derweil erklärte erst Ende September eine klare Mehrheit von 64 % der Bundesbürger im ARD-Deutschlandtrend, dass der Zufluss von Flüchtlingen in die Bundesrepublik deutlich begrenzt werden müsste.²

Statt die Belastungen der eigenen Politik, die mehr von Moralvorstellungen als von Recht geprägt wird, ständig auf die Allgemeinheit abzuwälzen, ist es deshalb an der Zeit, dass die Anhänger und Wähler der migrationsfreundlichen Parteien endlich selbst für ihre Überzeugungen geradestehen. Dass bedeutet auf kommunaler Ebene vor allem eigene Räume zur Unterbringung der Asylzuwanderer zur Verfügung zu stellen.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

¹ <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/8175671>

² <https://www.dw.com/de/deutsche-wollen-weniger-fluechtlinge-aufnehmen/a-66954317>

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 19. Dezember 2023

10 Jahre MVV-Handy- und OnlineTicket: Eine echte Erfolgsstory

Pressemitteilung MVV

Via Telemedizin augenärztliche Versorgung bei der MÜNCHENSTIFT sicherstellen

Pressemitteilung MÜNCHENSTIFT GmbH

München, 18.12.2023

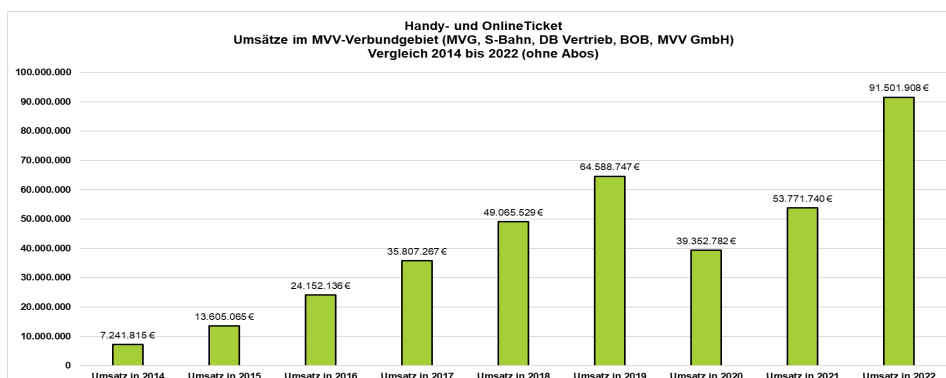
10 Jahre MVV-Handy- und OnlineTicket: Eine echte Erfolgsstory

Im MVV-Verbundraum können seit mittlerweile zehn Jahren ausgewählte MVV-Tickets als HandyTicket oder als OnlineTicket gekauft werden. Wer das Ticket auf seinem Handy nutzen möchte, kann das MVV-HandyTicket direkt in einer der kostenfreien Apps erwerben. Eine andere Alternative zum Kauf am Automaten ist es, das MVV-OnlineTicket zu Hause am PC zu bestellen und auf Papier auszudrucken.

Das MVV-Handy- und OnlineTicket sind ein voller Erfolg. Mittlerweile ist jeder vierte Fahrschein im Bartarif ein Handy- oder OnlineTicket, Tendenz weiter steigend. Knapp jede zweite Bestellung ist eine Entwertung der Streifenkarte, dem mit Abstand beliebtesten Produkt. Die umsatzstärksten Zeiten sind während des Oktoberfestes und im Advent.

Fakten zum Verkaufsstart am 15.12.2013:

- Das erste verkaufte Ticket in der MVV-App war eine Einzelfahrkarte Kurzstrecke um 00:12 Uhr
- Am ersten Tag wurden im **MVV-Ticketshop** 283 Tickets verkauft. Der Umsatz betrug damals 2.500 €. Zum Vergleich: Heute sind es rund 9.000 verkaufte Tickets (ohne Abos) täglich mit einem Umsatz von durchschnittlich 65.000 €
- Bei der **MVG** wurden am 1. Tag 925 Tickets verkauft (1. Platz: Einzelfahrkarte; 2. Platz: Single-Tageskarte 1 Tag; 3. Platz: Partner-Tageskarte); aktuell verkauft die MVG rund 11.000 HandyTickets pro Tag (ohne Abos).
- Im **München Navigator** wurde das erste Ticket am 14.12.2013 verkauft, am ersten Tag des Vertriebskanals München Navigator wurden insgesamt 5 Tickets verkauft, am Folgetag waren es 60 Tickets.
- Aktuell sind es pro Tag in den beiden Apps (München Navigator und DB Navigator) etwa 8.700 Tickets.



Weitere Meilensteine:

- September 2015: Einführung der Streifenkarte als HandyTicket
- Januar 2017: Das verbundweit zehnmillionste Handy- und OnlineTicket wird verkauft.
- Dezember 2019: Die Tarifreform mit Umstellung von Ringen und Räumen auf Zonen klappt reibungslos.
- Juni 2020: Dank eines neuen, kopiergeschützten Barcodes können nun auch Wochen- und Monatskarten (IsarCard, IsarCard9Uhr und IsarCard65) als HandyTicket erworben werden.
- Januar 2022: Die Abos im MVV sind nun auch als HandyTicket erhältlich.
- Sommer 2022: Das deutschlandweit gültige „9-Euro-Ticket“ erlebt am ersten Verkaufstag einen sehr großen Ansturm.
- Mai 2023: Das Deutschland-Ticket als Nachfolger zum 9-Euro-Ticket wird jetzt als HandyTicket im Abo verkauft.

Mit dem **MVV-HandyTicket** haben Fahrgäste immer ihren eigenen Fahrkartenautomaten dabei. Das Ticket wird einfach, bequem und bargeldlos über die [MVV-App](#) oder eine App unserer Verbundpartner (MVGO, München Navigator, DB Navigator oder BRB Tickets & Infos) auf das Smartphone geladen.

Folgende Tickets werden als MVV-HandyTickets verkauft:

- Deutschland-Ticket (Abo)
- IsarCard Wochen- und Monatskarten
- IsarCard9Uhr und IsarCard65 Monatskarten
- Einzelfahrkarten und Streifenkarten
- Tageskarten, CityTourCard, München Card
- Anschlussticket zu Zeitkarten

Als **MVV-OnlineTicket** kann eine Fahrkarte schnell und einfach am PC gekauft und ausgedruckt werden. Das online gekaufte Ticket wird bei Registrierung im Account des Fahrgastes gespeichert. Das Ticket kann gedruckt oder mobil als PDF verwendet werden. Das ist auch ohne Registrierung möglich, sofern das Ticket mit Kreditkarte gezahlt wird.

Auch in den neuen MVV-Verbundlandkreisen Miesbach, Rosenheim, im gesamten Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen und in der kreisfreien Stadt Rosenheim können das MVV-HandyTicket und das MVV-OnlineTicket in vielen Fällen den Papierfahrerschein und die Chipkarte ersetzen. Einfach **eine der kostenfreien Apps** runterladen, in der App das gewünschte Ticket und die bevorzugte Zahlungsart auswählen (z.B. Apple Pay/Google Pay, Kreditkarte oder SEPA-Lastschriftverfahren), bezahlen und losfahren. •



Via Telemedizin augenärztliche Versorgung bei der MÜNCHENSTIFT sicherstellen

Die MÜNCHENSTIFT geht in einem Kooperationsprojekt zur augenärztlichen Versorgung neue Wege. Nach einer Pilotphase, die das Hans-Sieber-Haus erfolgreich durchlaufen hat, weitet sie dies auf all ihre Häuser aus..

Menschen mit Demenz oder mit Gehunsicherheit sind ganz besonders auf ihren Sehsinn angewiesen. Gerade ihnen aber ist der Weg zur Facharztpraxis oft nur schwer oder kaum möglich. Mit der Folge, dass eine Verschlechterung des Sehens oder eine Augenerkrankung nicht entdeckt wird. Im Pilotprojekt wurde bei 28% der Untersuchten eine bisher nicht erkannte Erkrankung diagnostiziert.

Um ihre Bewohner:innen bestmöglich augenärztlich zu versorgen, ist die MÜNCHENSTIFT die Kooperation mit der Mirantus Health GmbH eingegangen. Ein Untersuchungsteam aus Optometrist:innen (spezialisierten Optiker:innen) und medizinischen Fachangestellten kommt mit Diagnosegeräten in die Häuser. Die Ergebnisse werden über eine Telemedizin-Plattform an die behandelnden Ärzt:innen übermittelt, die dann in Videosprechstunden, die von den gesetzlichen Krankenkassen getragen werden, das weitere Vorgehen mit den Patient:innen besprechen. Die Pflegekräfte unterstützen diese dabei und auch Angehörige können sich dazuschalten.

„Für die Gesundheit und Lebensqualität unserer Bewohner:innen ist diese augenfachärztliche Versorgung enorm wichtig. Bedarfsgerechte Brillen oder die frühzeitige Entdeckung und Behandlung von Grauem Star ermöglichen Selbstständigkeit und Teilhabe am sozialen Leben“, so Renate Binder, Geschäftsführerin der MÜNCHENSTIFT.

„Ich habe dieses Versorgungsmodell während eines Forschungsaufenthalts in England kennengelernt“, erzählt Mirantus-Gründer Dr. med. Claus Gruber. Eine Studie der Universitäts-Augenklinik Bonn bestätigte, dass es auch für die augenärztliche Unterversorgung von Senioreneinrichtungen in Deutschland ein vielversprechendes Konzept ist. Das 2022 gegründete Unternehmen wurde beim Health-i Award 2023 von Handelsblatt und Techniker Krankenkasse zu den 10 besten Start-ups gewählt.

Der erste Testeinsatz im Hans-Sieber-Haus verlief sehr erfolgreich. „Die Bewohner:innen haben das Angebot gerne angenommen. Ein Kollege unseres Ärzteteams führte die Videosprechstunden durch, für die Behandlungen konnten Termine bei uns vereinbart oder Expert:innen vermittelt werden“, so Prof. Dr. Michael Janusz Koss. „Angesichts der Personalsituation und der guten digitalen Ausstattung halte ich den telemedizinischen Ansatz vor allem für die ganz alten, nicht mehr mobilen Bewohner*innen für sehr sinnvoll, da damit eine große Versorgungslücke geschlossen wird.“

Davon profitieren jetzt die anderen MÜNCHENSTIFT-Häuser. Die ersten Untersuchungen starteten nun im Haus St. Martin. „Bei uns hat sich fast die Hälfte der 272 Bewohner:innen angemeldet“, so Pflegedienstleiter Armin Boskovic. „Gerade für Demenzkranke ist eine Untersuchung in vertrauter Umgebung, begleitet von Fachkräften, die sie kennen, sehr wichtig.“ „Ich habe nach den Untersuchungen des mobilen Teams und der Sichtung der

Pressemitteilung

Ergebnisse sowohl Video- als auch persönliche Gespräche in den Wohnbereichen geführt“, erzählt Dr. Julia Promesberger. „Die Untersuchungen und Gespräche waren sehr gut organisiert, einige Angehörige waren dabei, einer hat sich über den Computer hinzugeschaltet. Wir hatten mehr Zeit als dies in der Praxis möglich wäre.“

Renate Binder: „Wir wünschen uns, dass weitere ärztliche Fachrichtungen folgen. Als kommunaler Träger sieht sich die MÜNCHENSTIFT in der Verantwortung, innovative Konzepte zu testen und darüber zu berichten, damit auch andere Pflegeeinrichtungen darauf aufmerksam werden.“

BU: Auch Makula-Untersuchungen sind möglich. Davon profitierte z. B. Christina Steiler: „Ich war schon immer kurzsichtig und irgendwann kam eine OP wegen Grauen Star hinzu. In letzter Zeit sehe ich aber schlechter. Bei der Besprechung mit der netten Ärztin, kam heraus, dass dies mit einer Makulaödem zusammenhängt, die jetzt behandelt wird, so dass ich bald wieder besser sehen kann.“

MÜNCHENSTIFT - Zugewandte Pflege und Wohnen im Alter in unserer Stadt

Die MÜNCHENSTIFT ist eine gemeinnützige Gesellschaft und hundertprozentige Tochter der Stadt München. Mit neun Alten- und Pflegeheimen, vier Seniorenwohnheimen, fünf Stützpunkten des Ambulanten Pflegedienstes sowie zwei Tagespflegeeinrichtungen ist sie die größte Dienstleisterin für Senior*innen in München. Mit der Offenlegung der Prüfberichte schafft die MÜNCHENSTIFT Transparenz und Vertrauen in die Qualität ihrer Pflege- und Betreuungsleistungen. Aktuell ist die MÜNCHENSTIFT Arbeitgeberin für ca. 2.100 Mitarbeiter*innen.

www.muenchenstift.de